Beschluss

Verfasste Studierendenschaften in Thüringen sichern und stärken

Gremium:	Lako
Beschlussdatum:	19.09.2026
Tagesordnungspunkt:	6 Antragsberatung

Antragstext

Verfasste Studierendenschaften sind ein zentrales Element einer demokratischen Hochschule. Sie ermöglichen den Studierenden, sich zu organisieren und ihre Interessen gegenüber der Hochschule und Politik zu vertreten und diese mitzugestalten. Sie sind somit tief in die gesellschaftliche Willensbildung verankert. Sie sind im Thüringer Hochschulgesetz aus gutem Grund festgeschrieben und müssen erhalten bleiben.

Neben demokratischer Willensbildung innerhalb der Studierendenschaft erfüllen verfasste Studierendenschaften weitere wichtige Aufgabe. Sie gestalten das Campusleben durch Veranstaltungen mit und sind Ansprechpartner:innen bei Problemen der Studierenden.

Diese Angebote können nicht durch eine von der Universität abhängige Instanz ersetzt werden, auch wenn diese von Studierenden geleitet wird. Eine solche Vertretung wäre in ihrer Arbeit unmittelbar von den Strukturen abhängig, deren Entscheidungen sie kritisch begleiten und kontrollieren soll. Eine starke Studierendenvertretung muss deshalb unabhängig von der Hochschulleitung handeln und auch dann für die Interessen der Studierenden eintreten können, wenn diese den Interessen der Hochschule widersprechen. Auch die eigenständige Organisation von Veranstaltungen ist ein unverzichtbarer Teil des Campuslebens. Sie muss unabhängig von der Hochschulleitung möglich sein, damit Studierende selbst über Inhalte, Ausgestaltung und Durchführung entscheiden können und dabei nicht von der Zustimmung oder den Vorgaben der Hochschule abhängig sind.

Die Jusos Thüringen bekennen sich daher ausdrücklich zur verfassten Studierendenschaft und zu einer starken studentischen Mitbestimmung auf allen Ebenen der Hochschule. Demokratische Beteiligung muss gestärkt und darf nicht zurückgedrängt werden. Bei Entscheidungen, die Studium, Lehre, studentische Angelegenheiten oder die Rahmenbedingungen des Studiums betreffen, müssen die Perspektiven und Interessen der Studierenden berücksichtigt werden.

Die Jusos Thüringen fordern daher:

1. **Die gesetzliche Verankerung der verfassten Studierendenschaften im Thüringer Hochschulgesetz muss erhalten bleiben und dauerhaft gesichert werden.** Dazu gehören insbesondere ihre demokratische Selbstverwaltung, ihre rechtliche und finanzielle Eigenständigkeit sowie das Recht, ihre Angelegenheiten und Aufgaben im Rahmen des Thüringer Hochschulgesetzes eigenständig zu regeln.

2. **Die demokratische und unabhängige Interessenvertretung der Studierenden muss auf allen Ebenen der Hochschule gewährleistet bleiben und gestärkt werden.** Dazu gehört neben der verfassten Studierendenschaft insbesondere die angemessene studentische Repräsentation in den zentralen und dezentralen Gremien der Universität, insbesondere im Senat, den Fakultäts- und Institutsräten, sowie Berufungskommissionen.

3. **Die SPD-Landtagsfraktion und die Thüringer Landesregierung sollen sich ausdrücklich zur Bedeutung der verfassten Studierendenschaften und der studentischen Mitbestimmung bekennen.** Sie sollen sicherstellen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine starke, unabhängige und demokratisch legitimierte studentische Vertretung erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.

4. **Die Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) soll als landesweite Interessenvertretung der Studierenden in Thüringen gestärkt werden.** Bei Gesetzesvorhaben und politischen Entscheidungen des Landes, die Studierende, das Studium oder die Hochschulen betreffen, muss die KTS frühzeitig und verbindlich beteiligt werden.

5. **Alle Versuche, verfasste Studierendenschaften abzuschaffen, ihre demokratische Selbstverwaltung einzuschränken oder ihre finanzielle und rechtliche Eigenständigkeit zu schwächen, müssen zurückgewiesen werden.** Die Jusos Thüringen stellen sich insofern insbesondere den dahingehenden Bestrebungen der AfD und Teilen der CDU entschieden entgegen.

Antragsbegründung

Bedeutsames Element einer demokratischen Hochschule sind verfasste Studierendenschaften. Sie vertreten die Interessen der Studierenden gegenüber Hochschulleitung, Stadtrat oder Landtag, gestalten das Campusleben durch Veranstaltungen mit und sind Ansprechpartner*innen bei Problemen der Studierenden. Sie tragen außerdem zur gesellschaftlichen Willensbildung bei. Studierende waren und sind Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklungen, was in der Vergangenheit beispielsweise in der 68er-Bewegung mündete.

In Thüringen sind verfasste Studierendenschaften als rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule im Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) §79-§82 festgeschrieben. Dort steht drin, dass sie sich eigenständig organisieren, ihre Angelegenheiten selbst regeln und Beiträge erheben können, um finanziell eigenständig zu sein.

Für die AfD und auch Teile der CDU sind Studierendenschaften jedoch ein Dorn im Auge. Sie seien zu politisch, zu kritisch, zu links. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der Studierendenverband der Jungen Union, macht seit Jahren auf dem Campus schon Stimmung gegen Studierendenräte in Thüringen. Die AfD treibt es noch weiter auf die Spitze und hat beispielsweise 2023 schon einen Gesetzentwurf zur Streichung von Verfassten Studierendenschaften im ThürHG in den Landtag eingebracht. Dies ist kein Einzelfall, denn ähnliche Bestrebungen gibt es durch die AfD auch in Sachsen-Anhalt. Es gibt also eine reale Gefahr für verfasste Studierendenschaften.

Es ist klar, dass Studierende durch die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft einer wertvollen Stimme beraubt werden sollen. Studierende sollen sich fügen, den faschistischen Staatsumbau kommentarlos hinnehmen und sich am besten nicht mehr politisch äußern. Hochschulen sollen autoritärer werden und demokratische Mitbestimmung geschwächt werden. Diesem offensichtlichen Ziel müssen sich alle demokratischen Fraktionen entschieden entgegenstellen.